

PRESSEUNTERLAGE

zum Pressegespräch der Österreichischen
Universitätenkonferenz am 22. Oktober 2013

Teilnehmer:

Rektor Heinrich Schmidinger, Präsident der Universitätenkonferenz

Elisabeth Fiorioli, Generalsekretärin der Universitätenkonferenz

Thema:

**Wissenschaft und Forschung dürfen nicht zur Verschubmasse degenerieren
uniko-Präsident Schmidinger über Signale der Koalitionsverhandler höchst alarmiert**

Zehn Tage vor der Nationalratswahl hat die Österreichische Universitätenkonferenz (uniko) ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die künftige Bundesregierung den Universitäten eine „Vorrangstellung“ einräumt. Nach geschlagener Wahl mit den Stimmenverlusten von SPÖ und ÖVP und dem Start der Koalitionsgespräche verfestigt sich allerdings der gegenteilige Eindruck: Allein die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen der allfälligen Koalitionspartner lässt darauf schließen, dass Universitäten und Hochschulen offenbar das Schicksal als Anhängsel von künftigen Großressorts erleiden sollen; eine Denk- und Vorgangsweise, die vom Präsidenten der uniko, Rektor Heinrich Schmidinger, entschieden abgelehnt wird.

„Unter dem selbst auferlegten Druck, ein bis zwei Ministerien einsparen zu müssen, steht fast reflexartig das Wissenschaftsressort zur Disposition. Ohne Überlegung darüber, welches fragwürdige Signal davon ausgeht, betrachtet man das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung offenbar als Verschubmasse“, übt Schmidinger heftige Kritik an den bisher bekannt gewordenen Plänen. „Anstatt den umgekehrten, richtigen Ansatz zu wählen und zu fragen, was dem Wissenschaftsbereich zuzuordnen sei – wie etwa die Bereiche Schule, Pädagogische Hochschulen und Kunst –, lässt man der Phantasie freien Lauf und spricht von einem Wirtschafts-, Zukunfts- oder Integrationsministerium, dem jeweils die Wissenschaft angehängt wird.“

Keine Filetierung. Vehement wendet sich der Präsident der uniko auch gegen Überlegungen, Grundlagenforschung und Wissenschaft zu trennen und gleichsam als „Filetstücke“ anderen Ministerien zuzuschlagen. „Ein derartiger Schnitt zwischen Universitäten und Forschung wäre nicht nur ein Zeichen von völligem Unverständnis über die Notwendigkeiten der Scientific Community, er würde – nach mehr als 40 Jahren – auch das Ende eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums bedeuten“, warnt Schmidinger die Verhandlungsteams von SPÖ und ÖVP.

Auch wenn noch nichts offiziell und beschlossen ist, sprechen doch folgende Umstände für sich: Beide Regierungspartner wollen sich dem Ausbau der Bildung verpflichten, dabei wird jedoch primär an das Thema „Gesamtschule“ oder auch an den Zankapfel „Hochschulzugang“ gedacht, kaum an die Stärkung der Universitäten, geschweige denn an die Forderungen, welche die Hochschulkonferenz (im Zusammenhang mit der Debatte um eine medizinische Fakultät in Linz) zum Ausbau des gesamten tertiären Sektors erhoben hat.

Geringschätzung des Hochschulsektors. Die damit einhergehende Einschätzung der Wissenschaft, über die man anscheinend erst am Ende sprechen will, wenn es darum geht unvermeidliche Lücken zu schließen, schlägt sich nicht zuletzt in der Nennung jener Personen nieder, die für sie künftig zuständig sein könnten. „Denkt man nicht an Minister oder Ministerinnen, die den Wissenschaftsbereich als Zusatzagende – quasi nebenbei – mit betreuen sollten, so scheint nicht einmal klar zu sein, dass als Minister und Ministerinnen dem Anspruch von Wissenschaft und Forschung doch nur Personen genügen können, die eine Universität wenigstens von innen kennen“, so Rektor Schmidinger. „Das heißt: Er oder sie müssen ein Hochschulstudium abgeschlossen haben und eine unbestreitbare Kompetenz in universitären Angelegenheiten aufweisen.“ Was für jedes andere Ressort selbstverständlich zu gelten scheint, muss für den Bereich Wissenschaft unbedingt gelten, fordert der uniko-Präsident. „Hier können die Ansprüche nicht hoch genug angesetzt werden. Alles andere käme einer inakzeptablen Geringschätzung des gesamten Hochschulsektors gleich.“

Die Universitätenkonferenz sieht sich verpflichtet, die beiden Parteien, die eine neue Bundesregierung verhandeln, daran zu erinnern, was sie für Wissenschaft und Forschung vor der Wahl versprochen haben. Noch deutet wenig darauf hin, dass sie dies auch einhalten wollen. Die uniko verlangt daher neuerlich von der nächsten Bundesregierung eine Schwerpunktsetzung im Bereich Wissenschaft, Forschung und Erschließung der Künste. Sie fordert nicht bloß die Sicherstellung der nächsten Leistungsvereinbarungsperiode, sondern ebenso den konsequenten Ausbau der Studienplatzfinanzierung, die Stärkung der Grundlagenforschung, konsequente Investitionen in die Infrastruktur sowie die Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Dies kann nur durch die gesetzliche Garantie des Zwei-Prozent-BIP-Zieles erreicht werden, wozu es wiederum einer von der gesamten Bundesregierung gewollten Anstrengung bedarf, die nur durch eine deklarierte Prioritätensetzung im tertiären Sektor realistisch ist.